

Mitgliederversammlungen im November den Beschluß fassen zur Übergabe der Parteidokumente. Wir haben keine Stunde mehr Zeit - heute abend ist Kundgebung, am Sonnabend treffen wir uns mit der Kreisleitung und den Parteisekretären, und am Sonntag beginnen Grundorganisationen mit der Auswertung der Beschlüsse der 10. Tagung. So, wie wir uns am letzten Sonntag in der Parteienkoalition mit unseren Blockfreunden den großen Lebensfragen und der konkreten Kommunalpolitik gestellt haben - und das werden wir fortsetzen -, dabei um die noch vorhandenen 100 unmöglichen Unzulänglichkeiten im Territorium wissend, so werden wir sie nur lösen, wenn wir dazu jede sich anbietende und fordernde Hand nutzen. Wir sollten nicht von Opposition reden, wenn man auf der Basis der Verfassung der DDR steht, sondern über Inhalte und über Positionen dazu, was gemeinsam verändert werden muß. Mit Andersdenkenden müssen wir uns zusammen- und auseinandersetzen. Die Strukturen der Nationalen Front müssen wir um aktive Mitstreiter, wie die des »Neuen Forums«, erweitern. Es stimmt aber genauso, daß wir heute schon den nächsten Schritt überdenken und die dann damit verbundenen Konsequenzen einplanen müssen - ich meine, wenn sie sich oder andere auf der Grundlage des neuen Wahlgesetzes zur Wahl stellen.

Auch wenn man uns gestern nicht geglaubt hat, heute nicht mehr glaubt, daß wir es ehrlich meinen, daß der Sozialismus jeden braucht, dann müssen wir das durch die Tat und unsere Fähigkeit, politische Prozesse richtig zu leiten, beweisen. Und es stimmt, daß uns alle im Sinne der Werte des Sozialismus viel mehr eint, als uns trennt.

Genau so deutlich will ich unsere und meine persönliche Position sagen: Wir stehen hinter dem Verfassungsauftrag unserer Genossen der Schutz- und Sicherheitsorgane. Ohne Ordnung und Sicherheit gibt es keinen inneren Frieden im Lande und auch keine international anerkannte DDR durch ihre Friedens-, Entspannungs- und Sicherheitspolitik. Es ist ein Glück für Europa, daß es diese deutsche Republik gibt. Diese Einheit in der Innen- und Außenpolitik müssen wir uns für alle Zukunft und für unsere Kinder und Enkel bewahren.